



## DOKUMENTATION

### Raumkonferenz der Koalition der Freien Szene

**5. Mai 2019, 10 – 16 Uhr**

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin

**Anwesend:** 101 Teilnehmer\*innen mit verschiedenen Hintergründen (primär Vertreter\*innen von Initiativen und freien Gruppen)

**Kurz-Intro:** Seit der Aufstellung der 10- und 11 Punkte-Forderungen der Koalition der Freien Szene (KdFS) für eine neue Förderpolitik gehört der Punkt „Bezahlbare Orte und Räume für die Kunst“ zu den prägnantesten und wichtigsten des Forderungskatalogs. Im Herbst 2018 beschloss daher der Sprecher\*innenkreis der KdFS, dazu eine breite Öffentlichkeitskampagne zu starten. Den Auftakt machte eine Raumkonferenz - eine Idee, die im Arbeitskreis Räume der KdFS entstand. Zur Realisierung von Konferenz und Kampagne hat sich ein Team aus Aktiven gebildet. Die Konferenz diente dem Austausch und der Vernetzung der zahlreichen Berliner Akteur\*innen zum Thema Raum und führte bereits zu einer Reihe von weiteren Treffen und Aktionen. Die Heinrich-Böll-Stiftung war Gastgeberin und Unterstützerin in Sachen Raum, Personal und Technik. Finanziell wurde die Raumkonferenz von der Bundeszentrale für politische Bildung unterstützt.

## Inhalt/Übersicht:

- 1) Begrüßung durch Gastgeber S. 3
- 2) Begrüßung durch Veranstalter S. 3
- 3) Inputvorträge und -präsentationen zu akuten Themenfeldern S. 4-12
  - 3.1) Beteiligungsverfahren S. 4
    - 3.1.1) Michael Müller „Dabei sein ist nicht alles“ S. 4
    - 3.1.2) Mona Saddei, Tomma Hinrichsen „thf next generation“ S. 5
  - 3.2) Strukturen (zur Sicherung und Ausbau von Räumen für die Künste), Simone Willeit S. 6
  - 3.3) Neuentwicklung / Neubau von Kunststandorten, Manuel Ehlers „Zielkonflikte“ S. 8
  - 3.4) Strategien des Widerstands gegen Verdrängung S. 9
    - 3.4.1) Boris Jöns S. 9
    - 3.4.2) Daniela Brahm S. 10
- 4) Findung weiterer Diskussionsschwerpunkte S. 12
- 5) Hinweise zum weiteren Verlauf S. 13
- 6) Open Discussions in zwei Zeitblöcken S. 13
- 7) Ergebnisse der Open Discussions S. 15
  - 7.1) Beteiligung S. 15
  - 7.2) Strukturen S. 15
  - 7.3) Neuentwicklung / Neubau / Bestandssicherung S. 16
  - 7.4) Strategien des Widerstands gegen Verdrängung S. 17
- 8) Abschlussdiskussion, Ableitung nächster Schritte (weitere Aktionen im Rahmen der Kampagne) S. 18



Heinrich-Böll-Stiftung

### 1) Begrüßung durch Gastgeber (Christian Römer von der Heinrich-Böll-Stiftung)

- Die H-B-S hat ein großes Interesse an sozialer Bewegung und Kampagnen.
- Ruft man sich die Kampagne der KdFS 2013 in Erinnerung, wo es um die City Tax ging: da waren viel Kreativität, gute Gedanken und richtige Methoden im Spiel - das hat funktioniert.
- Seit einigen Wochen ist nun wieder eine proaktive Stimmung in der Stadt, es gibt Demos usw.
- Nachdem 2013 „Geld“ das große Thema war, ist es nun „Raum“ und die heute startende Raumkampagne der KdFS wird mit Neugier verfolgt.



### 2) Begrüßung durch Veranstalter (Chris Benedict & Matthias Mayer von der KdFS)

- Es liegt Einiges im Argen mit der Raumpolitik in dieser Stadt. Das zeigt sich in den Beteiligungsverfahren, das ist spürbar, wenn Orte besetzt oder geschlossen werden, das merken wir alle an den knapper werdenden, bezahlbaren Räumen.
- Und doch: jeder kämpft für sich allein – um einen Standort – um einen Kiez – um ein Programm, viele kennen sich nicht oder bekommen die Aktivitäten nur am Rande mit.
- Das ist Anlass genug, eine „Konferenz“, eine „Versammlung“ einzuberufen, die Auftakt für eine breitere Kampagne ist.
- Es geht hier um Vernetzung und Austausch der Initiativen, der Akteur\*innen und Akteure, d.h. einerseits um die Sichtbarmachung von Problemlagen und den laufenden Anstrengungen, andererseits um die Findung von Ideen und Lösungsansätzen, also um die Verbreitung von Konzepten, von Wissen und Know-How zur Raumproblematik.
- Es ist ein Aufruf zur Allianzbildung und Solidarisierung der Szenen – nicht nur auf Kunst und Kultur bezogen, sondern im Schulterschluss mit anderen Be- und Verdrängten aus den Bereichen Wohnen, Soziales etc.
- Im Idealfall steht am Ende der Konferenz der Beginn der Erstellung einer politischen Agenda, der Formulierung von Forderungen und der Planung gemeinsamer Aktionen bzw. einer gemeinsamen Strategie.

### 3) Inputvorträge und -präsentationen zu akuten Themenfeldern

#### 3.1) Beteiligungsverfahren



Michael Müller

#### **3.1.1) Input von Michael Müller (Künstlerische Co-Leitung Theater Discounter und seit 2016 in der AG Alte Münze der Koalition der Freien Szene): Dabei sein ist nicht alles**

- Die Anwendung und Praxis des Begriffes „Partizipation“ müssen in Frage gestellt werden.
- Die öffentlichen Foren im Beteiligungsverfahren „Alte Münze“ bildeten 2017 einen erfolgreichen Auftakt, sorgen sie doch zunächst für die Unterbrechung der intransparenten Vergabe- bzw. Bewerbungssituation. Es wurde ein Konsens darüber geschaffen, dass in einem transparenten, partizipativen Prozess ein Kulturstandort zur Nutzung durch die Freie Szene entwickelt werden soll.
- 2018 war die Beschlusslage allerdings noch immer unklar, aufgrund stetiger Veränderung der Parameter und verstärkter Einbindung der Wirtschaft in Formulierungen des Abgeordnetenhauses
- In 2019 zu Prozessbeginn sind wichtige Sachfragen, u.a. die zu erzielende Miethöhe, nicht geklärt. Es gibt eine einseitige Definition von Partizipation, keine kooperative Zusammenarbeit in verlaufsbestimmenden Entscheidungen, stattdessen die Möglichkeit zur Entwicklung eines Empfehlungskonzepts zur Vorlage vor politischen Entscheidungsträger\*innen.
- Der Einfluss auf Entscheidungen ist ungewiss.

#### **Handlungsleitende Fragen, die sich daraus für sogenannte Partizipationsprozesse ergeben:**

- Wie kommen wir sehr früh in Prozessen zu Verbindlichkeit?
- Wie gelingt eine kooperative statt einseitige Partizipation? (auch auf Entscheidungsebene)
- Widersprüchliche Interessen der Prozessteilnehmer\*innen müssen offen adressiert und moderiert werden.
- Zielsetzung und Faktengrundlagen müssen vor Prozessbeginn geklärt sein
- Arbeitsleistung und Lebens- wie Erwerbsrealität der – oft ehrenamtlich – Engagierten muss respektiert und anerkannt werden

- Welche Formate/Verfahren können wir entwickeln, um selbst die Akteure zu werden, die zur Partizipation einladen?
- Wie schaffen wir Verbindlichkeit, die nicht unterlaufbar ist?
- Welche Kooperation wollen und können wir anbieten, und wo sind unsere Leistungsgrenzen als "Dienstleister der Sache"? (Hamsterrad)
- Welche Öffentlichkeit können wir herstellen?
- Wie finden wir breitere Bündnisse des Interesses und Engagements?
- Was ist unsere Form der Aktion und der Kommunikation?



Mona Saddei, Tomma Hinrichsen

### 3.1.2) Präsentation von **Mona Saddei und Tomma Hinrichsen** zu **thf next generation**

- Im Koalitionsvertrag (2016) heißt es zum Konzept der Beteiligung: „Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch, nachhaltig und weltoffen“, und: Das „Nutzungskonzept für das Flughafengebäude wird partizipativ entwickelt“. Darauf bestehen die Beteiligten weiterhin.
- Das Profil soll sein: Kunst-, Kultur- und Kreativwirtschafts-Quartier. Dieses Profil wurde ohne Zivilgesellschaft oder Kunstschaffende besprochen, stattdessen werden Millionen in einen Touristen-Magneten gesteckt (Alliiertenmuseum, Geschichts-Galerie, Besucherzentrum...).
- Im Verfahren wurde nur „Wunschkonzert“ gespielt, ohne dass die Wünsche danach aufgearbeitet / beachtet wurden – 150.000,-€ für das 1,5 jährige Verfahren, das von oben aufgesetzt war und kein Ergebnis hat. Nun pausiert das Beteiligungsverfahren.
- thf next generation fordert Co-Kreation mit den zukünftigen Nutzer\*innen statt Scheinbeteiligung.
- Es braucht ein Fundament: Transparenz, Klarheit, Öffentlichkeit, Prozessorientiertes Handeln, Zugänglichkeit von Informationen, Ergebnisoffenheit, Kooperationsmut.

- Das Pförtnerhäuschen am Columbiadamm wird momentan genutzt, um zu besprechen, wie ein sinnvoller Prozess aussehen könnte.
- thf next generation organisiert ein Tempelfest mit dem Motto: Labern, Machen, Lachen.
- Am 22.06.19 startet eine Parade ab 14 Uhr am Hermannplatz.
- Wer mitmachen möchte, kann sich unter [nextgeneration@thf.vision](mailto:nextgeneration@thf.vision) melden.



### 3.2) Strukturen (zur Sicherung und Ausbau von Räumen für die Künste)

Präsentation von **Simone Willeit (Sprecher\*innenkreis der KdFS, Geschäftsführung Uferstudios)**:

- Was sich als Homogenisierung der zentralen Stadtteile ergeben hat, befindet sich nun auch als Bedrohung an den Rändern; aber es ist noch nicht zu spät, zu retten, was zu retten ist.
- Dafür braucht es alle Maßnahmen: von unsichtbaren Netzwerken Einzelner bei der Weitergabe von Orten über die Stützung von Initiativen, die Räume an Land gezogen/gesichert haben, über Wissens- und Ressourcentransfer zu den jungen Initiativen bis zu mehr solidarischem Zusammenstehen und einem Hinwirken auf die Politik, langfristige und sinnvolle Strukturen zu etablieren und politisch zu verankern.
- Eine solche Struktur muss gemeinsam mit der Politik hochgezogen werden und darf nicht als bürokratischer Wasserkopf all die o.g. Initiativen außer Acht lassen. Sie muss im Großen und im Kleinen fungieren. Sie muss sich differenziert den sich wandelnden, unterschiedlichen künstlerischen Praxen annehmen – sie muss szenenah agieren; gleichzeitig muss sie derart verankert, öffentlich und

strukturell eingebettet sein, dass sie sich auch den großen und langfristigen Zielen der politischen Agenda annehmen kann und als verlässlicher Akteur zum Thema Räume für die Künste auftreten kann.

- Der AK Räume der KdFS hat erreicht, dass sich die politisch Verantwortlichen dessen angenommen haben, das Thema wurde in einem Haushaltstitel und einem Beschluss im Koalitionsvertrag verankert; wie die Struktur aussehen soll, wird jedoch sehr unterschiedlich bewertet und ist ungelöst.
- Für Struktur, Herrichtung und Entwicklung landeseigener Immobilien, Herrichtung und Mietabsenkung bei privaten langfristigen Anmietungen sowie für ein Bestandsoptimierungsprogramm stehen aktuell 4 Mio. Euro konsumptive und 4 Mio investive Mittel im Haushalt, werden im Moment jedoch nicht ausgegeben.



Simone Willeit

- Die Zielsetzung ist: langfristige Sicherung künstlerischer Arbeitsräume, eine vorsorgende Infrastrukturpolitik für die Kunst, die Sicherung von Kulturflächen durch den Stadtentwicklungsplan STEP, die Entwicklung eines Kulturkatasters, eine Infrastrukturplanung mit der Senatsverwaltung Stadtentwicklung und Wohnen, die Mit- und Umnutzung von Landesflächen für kulturelle Zwecke, die Einrichtung von Räumen für Künstler\*innen bei Neuvorhaben städtischer Wohnungsbaugesellschaften und Ankäufe von Liegenschaften in Einzelfällen.
- Die aktuelle Zielsetzung (2018-2022) lautet: 2000 Arbeitsräume, davon 50% in Landesliegenschaften.
- Es gibt folgende operative Aufgaben: Bedarfsermittlung, Budgetzuordnung; Rahmenplanung & Budgetfeststellung, strategische Steuerung; Raumakquise (öffentliche Immobilien, private Anmietung, Neubau (WBG)) – Objektsuche, Kontaktaufnahme, Besichtigung, Eignungsprüfung; Projektentwicklung inkl. objektspezifischer Nutzungskonzepte, Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, Verträge, Herrichtung, Bauplanung, Bauprozess; Vergabekonzept und -durchführung, inkl. Übernahme oder Bestellung der Betreiber; Dokumentation, Berichterstattung, Evaluation; Information & Beratung, Unterstützung bedrohter bzw. zu erhaltender Orte, ggf. inkl. Entwicklung von Förderinstrumenten, die Hilfe zur Selbsthilfe leisten können.

- Akteure in diesem Prozess sind: Künstler\*innen, Sparten/Spartenverbände/Koalition der Freien Szene, Raumkoordinator\*innen, AK Räume, Senatsverwaltung für Kultur und Europa/ Stadtentwicklung und Wohnen, Abgeordnetenhaus, GSE, BIM, Städtische Wohnungsbau-Gesellschaften.
  - Bezüglich der Zielsetzung, der Aufgaben und der Akteure sind sich Politik, Verwaltung und Freie Szene einig. Welche Struktur das umsetzen kann, wie sie eingebettet und wo sie aufgehängt sein soll, ist jedoch noch unklar. Seit 2016 befindet man sich in einer Testphase bzw. verschiedenen Phasen von Übergangslösung, Auflösung, Nichtlösung. Es wurden Raumkoordinator\*innen von den Spartenverbänden gestellt, die spartenspezifisch und übergreifend agierten, Einiges wurde auf den Weg gebracht. Die Evaluation war desaströs, so wurden die Stellen Ende 2018 aufgelöst und nun befindet man sich in einem kompletten Vakuum.
  - Es gibt in die Zukunft gewandt bereits verschiedene Ansätze: 1. die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Raumkoordinator\*innen, 2. den Ansatz des SenKE eines integrierten Kulturraumbüros als dauerhafte, spartenneutrale und bei der SenKE angesiedelte Struktur (Mitsprache der Freien Szene eventuell über jour fixes oder Gremium), 3. ein Raumbüro in Trägerschaft der Freien Szene (Modell 2015) oder 4. ein Kompromiss-Modell-Entwurf aus dem Atelierbüro (Back Office bei SenKE, Front Office bei Freier Szene).
  - Die Knackpunkte sind Partizipation (Kooperation statt Informationsfluss) und Spartenspezifik.
- 

### 3.3) Neuentwicklung / Neubau von Kunststandorten



Manuel Ehlers

#### Präsentation von Manuel Ehlers, Triodosbank über Zielkonflikte

- Es gibt verschiedene Zielkonflikte bei der Vergabe von nachhaltigen Krediten der Triodosbank für gemeinwohlorientierte Projekte und Kunst- und Kulturprojekte.
- In verschiedenen Kontexten gibt es eine Verbindung zur Raumproblematik.

- Erneuerbare Energie: Auch wenn Räume mit erneuerbaren Energien betrieben werden, welche prinzipiell zu fördern sind, kann es zu Zielkonflikten hinsichtlich der Nutzung kommen. Ein Beispiel wäre ein Schweinemastbetrieb, der mit erneuerbaren Energien betrieben wird.
  - Tierschutz und Artenschutz: Das Tierwohl muss bei der Finanzierung eines Projekts hinterfragt werden. Wird beispielsweise ein Zoo finanziert, handelt es sich letztlich um das Einsperren von Tieren.
  - Beispiel Markthalle 9 und Aldi: Wie und warum mobilisiert man sich für den Erhalt eines Discounters?
  - Nachtruhe und urbane Subkultur: Es gibt diverse Konflikte mit den Nachbarschaften von Clubs. Dabei wird argumentiert: „Hier war schon immer Musik, hier wird/soll auch immer Musik bleiben.“; Der Zielkonflikt basiert auf der Frage nach der Daseinsberechtigung von Räumen. Ein Beispiel dafür sind die Entwicklungen zu SO 36.
  - Weitere Zielkonflikte sind: Kommerz versus Kultur (Beispiel: Holzmarkt) oder Erhalt von Raum für Kunst und Kultur versus Wohnraum und Kitaplätze (Beispiel: Treptow Ateliers)
  - Vom Ego zum Lego-Prinzip: Was kann man integrieren? Wo geht es nicht (z.B. aufgrund fehlendem Schutz durch Gewerberaummietrecht im Vergleich zu Wohnungsmietrecht)?
  - Neben dem Austausch bei der Konferenz, kann es z.B. auch zur Stellung von Forderungen kommen: Wie kann Triodos Bank die Kooperation verstärken?
- 

### 3.4) Strategien des Widerstands gegen Verdrängung



Boris Joens

#### **3.4.1 Präsentation von Boris Jöns, Allianz (bedrohter) Berliner Atelierhäuser (AbBA), Aktionsgruppe Berliner Künstler\*innen (AKKU)**

- Solidarität und Einmischung sind extrem wichtig, um den Bedarf der Kulturschaffenden deutlich und für die Politik relevant zu machen. Andernfalls distanzieren sich Politiker vom Bedarf der Kulturschaffenden und beschränken sich auf verwaltungsgerechte Kulturpolitik.

- Nichtsdestotrotz gilt: Zusammenarbeit mit Verwaltung ist notwendig. Diese muss aber auf Augenhöhe geschehen. Es gibt Geld für Initiativen, aber es wird nicht ausgegeben, weil politische Strukturen fehlen bzw. nicht gewollt werden.
- Die Haushaltsverhandlungen für die nächsten 2 Jahre beginnen jetzt, daher ist die Artikulation der Forderungen besonders jetzt wichtig.
- Wie schafft man die Solidarisierung von Künstler\*innen mit Initiativen? Die Schaffung eines Mandats ist notwendig, damit Regierung die KdFS, den bbk und die Initiativen ernst nimmt. Nette Phrasen sind nicht ausreichend, Partizipation muss auch aktiv umgesetzt werden.
- Es gab in der Vergangenheit diverse Aktionen von AbBa/AKKU. 2015 wurde ein Transparent am Haus der Statistik aufgehängt („Hier entstehen für Berlin Räume für Kunst, Kultur und Soziales...“). Daraus ist auch die Initiative Haus der Statistik entstanden.
- AbBA versteht sich als Allianz künstlerischer Aktivist\*innen, mit dem Ziel der Erschaffung von Bildern der Einmischung zur Erreichung von Augenhöhe. Nicht im Sinne von Kunstwerken, sondern zur Vermittlung der Botschaft, dass Künstler\*innen nicht Opfer/ Almosenempfänger\*innen sind, sondern etwas zum Wert der Stadt beitragen.
- Bei der Aktion Critical Mass Mobil war das Ziel die Vernetzung von Kulturorten. Durch das Anfahren von 5 Berliner Kulturorten mit einem selbstgebauten schiebbarem Bus, wurde die Solidarität und Vernetzung unter Kulturschaffenden praktiziert und inszeniert. Auch Politiker waren am Austausch beteiligt. Durch Mitfahren konnte man sich zur Kulturszene bekennen.
- Durch die Verleihung des Weak Art Award verfolgt man das Ziel, sichtbar zu machen, wie Kunst durch Politiker und Unternehmer geschwächt wird. Es ist eine Formulierung von Kritik und Moral, eine Aufforderung zur Rechtfertigung und eine Herausforderung der Accountability - auch wenn Verhalten legal ist, ist es zum Teil sehr schädlich.
- Die aktuelle Banner-Kampagne ist ein Aufruf zur Solidarität. Die Banner hängen an verschiedenen Atelierstandorten und werden fotografiert, um daraufhin der Politik ein möglichst breites Bild und Solidarität der Künstler\*innen zu vermitteln.
- Am 20. Mai gibt es eine Aktion mit Mikroateliers im Hof der Berliner Kulturverwaltung, um zu signalisieren, dass Künstler\*innen hinter den Organisationen stehen, die sie vertreten (bbk, Atelierbüro)
- Die Hinterfragung von Lederers Aussagen ist unbedingt notwendig, auch wenn er prinzipiell die richtige Einstellung zur Freien Szene hat. Es könnte auch nach „Columbo-Strategie“ verfahren werden: Nerven und Belagern der Zentralen, z.B. nach dem Vorbild: Anfragen im Parlament
- Für die Aktionen gibt einige gemeinsame Botschaften und Methoden: 1. Augenhöhe, 2. Setzung und Vorschlag, 3. Solidarität unter Kulturschaffenden, 4. Formulierung von Kritik und Moral, 5. Penetranz.

---

### 3.4.2 Präsentation von **Daniela Brahm** von **ExRotaprint, Initiative Stadt Neudenken, Runder Tisch Liegenschaftspolitik**

- Der Input erfolgt aus der Perspektive einer konkreten Projektentwicklung. Dabei wird ein starker Fokus auf die Eigentumsfrage gelegt, woraus Ansätze für die Raumsicherung in Berlin ableitbar sind.
- Grundlegende Daten zu ExRotaprint: 10.000 qm, 11 Häuser, 1989 Konkurs Rotaprint, 1991 Eintragung als Baudenkmal, 2007 Gründung ExRotaprint
- Mit der Übernahme des Geländes durch die Mieterinitiative sollte eine weitere Spekulation verhindert werden, es ging um langfristige Sicherung die Förderung von sozialer, heterogener Mischung (Kultur,

Soziales, Gewerbe). Beim Abkaufen des Geländes vom Liegenschaftsfonds war der Zusammenhalt von Gruppen/Einzelpersonen und die Unterordnung von Einzelinteressen extrem wichtig.



Daniela Brahm

- Was bedeutet „dem Markt entziehen“? Wie kann das funktionieren? Was ist gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung? Das Eigentumskonzept von ExRotaprint bedeutet Erbbaurecht mit definierten Nutzungszielen (1/3 sozial, 1/3 gewerblich, 1/3 kulturell) und Gemeinnützigkeit (mit Gewinnverwendung ausschließlich in gemeinnützige Zwecke)
- Es gibt konkret zwei Verträge: ein Erbbaurechtsvertrag für 99 Jahre und einen gemeinnützigen Gesellschaftervertrag der ExRotaprint gmbH. Die Effizienz der Gemeinnützigkeit besteht darin, dass kein Kapital verloren geht.
- Die elf Gebäude gehören ExRotaprint, der Boden gehört den Stiftungen trias und Edith Maryon, denn das Land Berlin wollte 2007 keinen Erbbaurechtsvertrag mit ExRotaprint abschließen. Durch die Trennung des Eigentums in Boden und Gebäude wird der Boden gesichert, da es das Stiftungsziel ist, den Boden nie wieder zu verkaufen. Die Beteiligung am Immobilienmarkt ist ausgeschlossen, da der Verkauf des Geländes nicht möglich ist.
- ExRotaprint zahlt einen Erbbauzins an die Stiftungen für die Nutzung des Bodens. ExRotaprint finanziert also langfristig betrachtet die Arbeit der Stiftungen mit, nicht umgekehrt. Die Beziehung zwischen ExRotaprint und den Stiftungen ist geschäftlich, basiert aber auf einer gemeinsamen Idee: Spekulation verhindern.
- Theoretisch könnte das Land Berlin Erbbaurechte (mit angepasstem Erbbauzins) vergeben zur Sicherstellung von kultureller Nutzung und dabei Bodenbesitzer bleiben. Dies ist aktuell Thema in der politischen Diskussion. Eine langfristige Mitgestaltung des Landes wäre dadurch gegeben.
- Die zweite Säule neben dem Erbbaurecht ist die Gemeinnützigkeit: als gemeinnützige GmbH ist die Verwendung der Einnahmen aus der Vermietung über die Abgabenordnung gesichert: Förderung des Denkmalschutzes (Erhalt des Baudenkmals) und Förderung von Kunst und Kultur.

- Ein Umdenken in der Immobilienlogik ist notwendig: Statt Profit muss die Nutzung im Vordergrund stehen. Voraussetzung dafür ist der Verzicht auf Beteiligung an der Wertsteigerung der Immobilie und stattdessen die Verfolgung der Sicherung eines günstigen Standorts und die Solidarität mit den (zukünftigen) Nutzer\*innen. Der Dreiklang von Kunst, Sozialem und Gewerbe ist dabei wichtig - das Projekt ExRotaprint ist nicht nur für Künstler\*innen gedacht, sondern auch für andere soziale Gruppen.
- Es gibt eine große gesellschaftliche Relevanz. Projekte wie ExRotaprint sind daher nicht weniger wert als künstlerische Arbeit im Atelier. Die Handlungsmacht von Künstler\*innen zu Veränderungen im gesellschaftlichen Raum sollte genutzt werden!

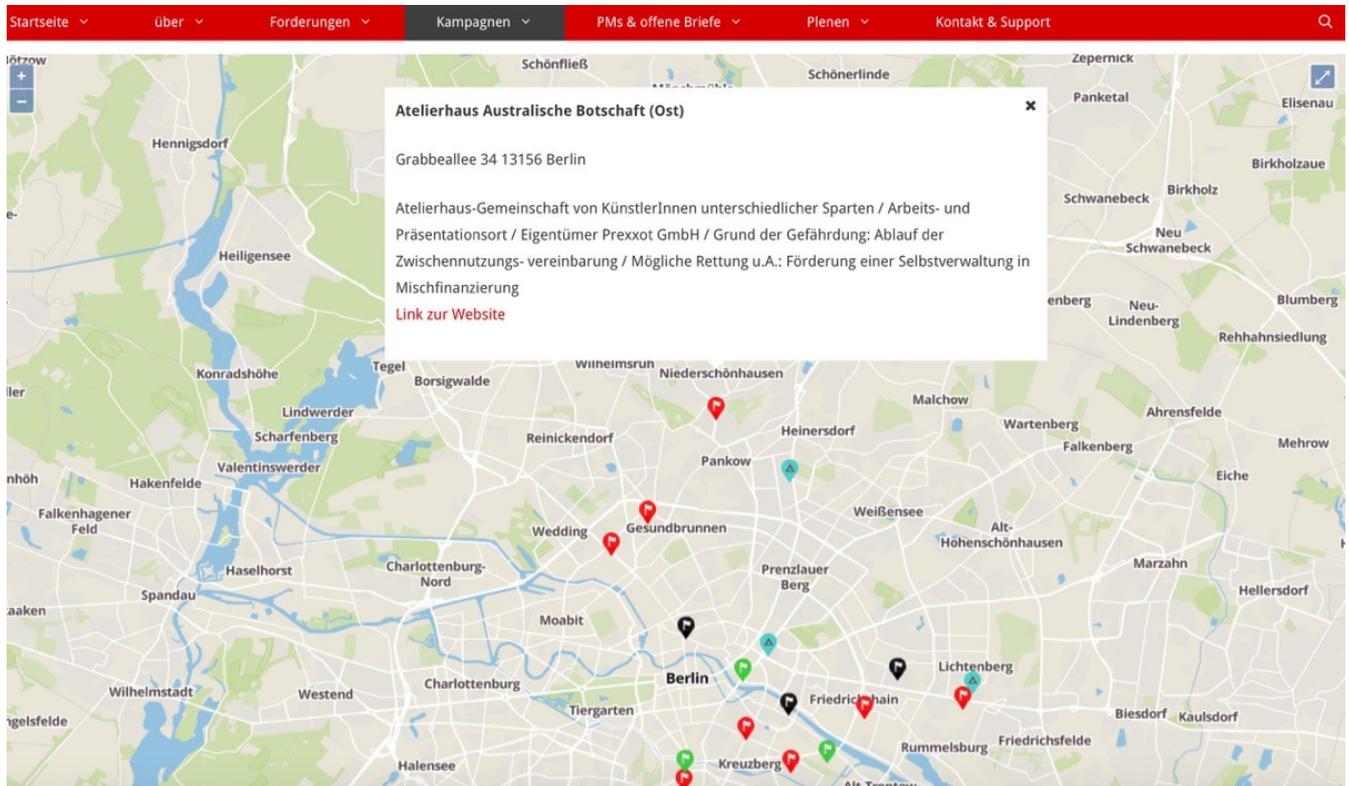


#### 4) Findung weiterer Diskussionschwerpunkte (aus dem Publikum)

- „Kulturelle Bildung für Politik“, wie wird Kunst und Kultur von Politiker\*innen gesehen?  
→ Paradigmenwechsel in Kulturförderung, wird Block „Strukturen“ zugeordnet
- „Partizipationseliten“: Immer wieder dieselben Leute auf Veranstaltungen mit ihren Allmachtsfantasien, wird Block „Beteiligung“ zugeordnet
- „Qualifikationsstrukturen“, Neuformulierung der Eigentumsnutzung, Absicherung von Projekten, Weiterentwicklung vorhandener Ansätze, wird Block „Neuentwicklung“ + „Strategien gegen Verdrängung“ zugeordnet
- „Enteignung“, wird Block „Strategien gegen Verdrängung“ zugeordnet
- „Bleiberecht“, wird Block „Strategien gegen Verdrängung“ zugeordnet  
→ vier Schwerpunkte werden von den Teilnehmenden als ausreichender Diskussionsrahmen befunden.

## 5) Hinweise zum weiteren Verlauf

- Bei der Abfrage der Interessenlage bezüglich der vier Themen zeichnet sich eine ausgeglichene Verteilung ab, etwas stärkeres Interesse gibt es an Block „Strategien gegen Verdrängung“.
- Die Veranstalter weisen auf weitere Stationen hin: [Karte](#), [Kalender](#) und [Offener Brief](#), welche in Pause vervollständigt/unterschrieben werden können.

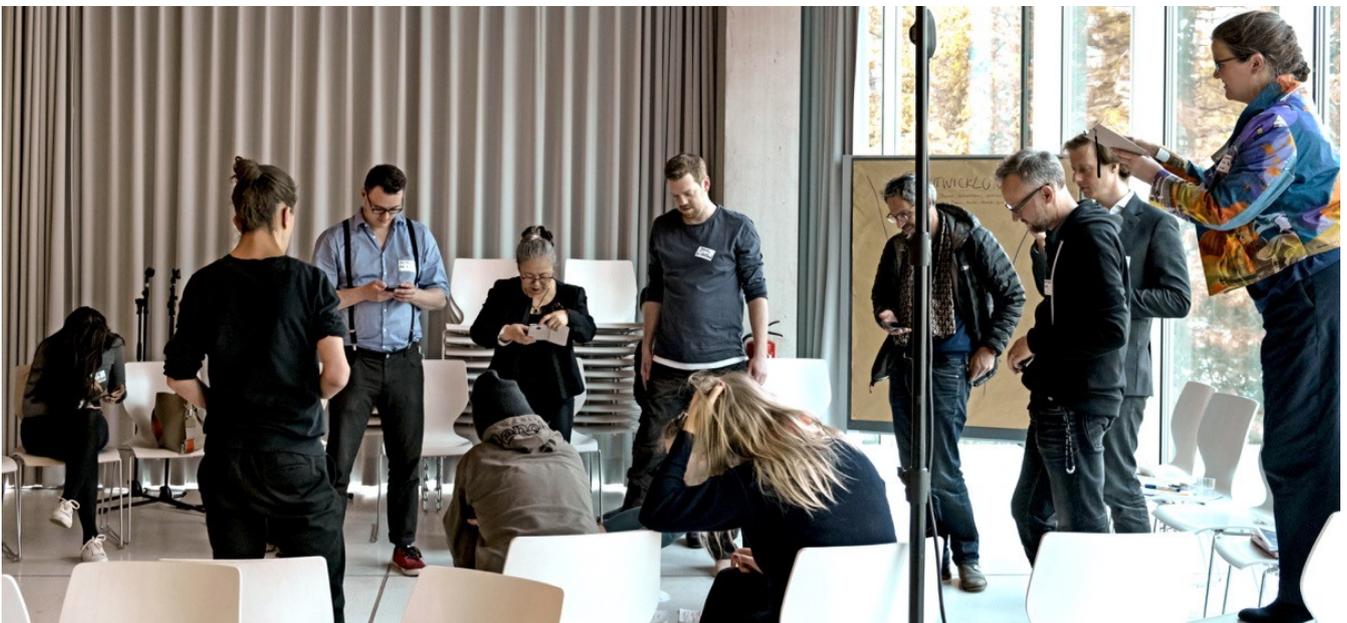


Karte Raumsituation Räume Freie Szene auf [www.koalition-der-freien-szene-berlin.de](http://www.koalition-der-freien-szene-berlin.de) (im Entstehen)

## 6) Open Discussions in zwei Zeitblöcken

- Es folgt eine Diskussion der vier Schwerpunkte in vier Stuhlkreisen à ca. 25 Personen.
- Dabei besteht die Möglichkeit des Wechsels zwischen den Diskussionsformaten, die Runden bleiben aber während der Diskussion weitgehend in der Erstbesetzung bestehen.
- Die durch die Inputs eingeleiteten Themenfelder werden vertiefend diskutiert und die Ergebnisse in Stichworten zusammengetragen.
- Final erfolgt die Beschriftung von jeweils zwei F-Bausteinen pro Gruppe.





Gruppendiskussionen

## 7) Ergebnisse der Open Discussions

Die einzelnen F-Bausteine werden zu großem F der Koalition der Freien Szene zusammengesetzt. Es folgen jeweils Rückfragen und Anmerkungen zu Gruppenergebnissen.

### 7.1) Beteiligung

- Es gibt gute und schlechte Erfahrungen bezüglich Beteiligungserfahren: Top-Down löscht Bottom-Up aus; „Post-It-Krise“; Befriedungsverfahren; Beispiel Planbude; Partizipationseliten; Interessenkonflikte.
- Verschiedene Instrumente wurden diskutiert: Manifest schreiben, Kriterien für die Zusammensetzung von Entscheidungsgremien entwickeln, Sensibilität und gewaltfreie Kommunikation etablieren (Redekultur in Teilnahmeverfahren), Mitwirken an Leitfaden „Leitlinien zur Bürgerbeteiligung“, Strategien zur Konsensbildung einbringen, „Stufigkeit“ (Planning by doing), legitimierte Interessensvertretung als gleichberechtigter Kooperationspartner
- Es gibt einen starken Wunsch nach Co-Kreation (Mitgestaltung).
- Forderungen sind: Qualitätsmerkmale/-maßstäbe, Transparenz, abgesteckter Entscheidungsspielraum, zielgruppenspezifische Selbstorganisation, Legitimation und Identifikation mit Prozess (z.B. durch Schaffung klassischer Verbandsstrukturen ODER eines neuen Formats), kontinuierliches Engagement ermöglichen  
→ Es gibt ein Plädoyer für die Einführung eines neuen Begriffs, der „Beteiligung“ ersetzt: „Kooperation“/„Mitbestimmung“/„Mitmachen“/„Mitreden“  
→ Aus Mitentscheidung entsteht Mitverantwortung.

### **Ergänzungen aus dem Publikum:**

- Gerade werden Leitlinien zur Beteiligung auf Senatsseite erarbeitet. Die Koalition muss sich dort einbringen und in allen Teilnahmeverfahren der Stadtentwicklung/Stadtplanung. Wir brauchen einen Dialog mit der Kulturverwaltung.
- Wir müssen Interessen mit lancieren, Instrumente für Schnittmengen erarbeiten.
- Es braucht die Forderung der Koalition der Freien Szene nach einer Basisfinanzierung einer solchen Interessensvertretung. Es gibt bereits die Forderung danach, Selbstverwaltungsstrukturen zu stärken. Das ist jedoch politisch momentan offenbar nicht gewollt. Neu ist, dass inzwischen eine rechtsgültige Form der Freien Szene geschaffen wurde (Verein).

### 7.2) Strukturen (zur Sicherung und Ausbau von Räumen für die Künste)

- Grundsätze wurden formuliert: „Von der Basis konzipiert, mit eigenem Titel finanziert“, „unabhängig finanziert aber kooperativ“, „so spartenübergreifend wie möglich, so spartenspezifisch wie nötig“
- Zur Spartenspezifität: Es steht die Supra-Struktur versus Einzelinitiativen der Spartenverbände; eine Supra-Struktur kann erst dann gedacht werden, wenn Einzelstrukturen der Sparten aufgebaut sind.
- Die Bündelung von Wissen muss spartenspezifisch und spartendurchlässig sein, die Struktur muss von der Verwaltungswillkür unabhängig und nachhaltig sein.
- Die Finanzierung muss aus Haushaltstiteln erfolgen (→ Professionalisierung statt Ehrenamt).
- Aufgaben der Struktur sind: Entwicklung von Förderstrukturen für alternative Betreiber- und Eigentumsmodelle, Beratungs- und Berichtsfunktion über Raumsituation gegenüber AGH (jährlich oder zweijährlich), Einmischung in Liegenschaftspolitik (Sicherung und Stärkung von Bestand),

Bedarfsermittlung und Definition von Räumen bzw. deren Eignung; große Projekte akquirieren und umsetzen, Umschlagplatz und Absprache für Ressourcen(Verteilung);

- Eine weitere Forderung ist die Stärkung der Bezirke (bei Liegenschaften entscheidend) und die dezentrale Vernetzung untereinander statt Top-Down von Senat zu Bezirken.
- Es fehlt noch ein Name für die Struktur (nicht „Büro“, nicht „Kulturraum“, nicht nur „Raum“)
- Rechtsform für neue Struktur bleibt unklar (e.V., gGmbH, Private-Public-Partnership?)
- Eine Ansiedlung der Struktur muss auf jeden Fall jenseits des Senats erfolgen.
- Eine enge Verknüpfung mit dem Atelierbüro ist wichtig.

### **7.3) Neuentwicklung / Neubau / Bestandssicherung**

- Prinzipiell gilt: Kommunikation ist wichtig, Expertise für kulturelle Nutzung ist vorhanden und muss an Bauträger und Investoren vermittelt werden.
- Es gibt vielfältige Nutzungen (temporäre/langfristige Atelier-Nutzungen), die um Raum konkurrieren. Diese Fluktuation von (Atelier-)Nutzer\*innen muss mitgedacht werden.
- Die Förderkulisse bzw. die Förderprogramme bilden die Vielfalt der Bedarfe nicht ab; es werden mehr zum Wohnen gewollt als zum Arbeiten.
- Bezahlbare Räume sind das oberste Ziel.
- Die Bestandskulisse ist ebenso wichtig wie ein „kreativer“ Neubau, d.h. Neuschaffen von Kunstorten im Bestand in den Blick nehmen. Dazu braucht es die Anwendung und Flexibilisierung bestehender Instrumente (z.B. Atelierförderung für gemeinwohlorientierte Gruppen).
- Bei Neubau könnten einfache Bauformen aus der Industrie (in günstiger Bauweise) genutzt werden, kommunale Träger für gewerbliche Neuentwicklung.
- Die Auflagen für Nutzungsbedingungen müssten gelockert werden (z.B. Brandschutzauflagen), um kulturelle Zwischennutzung zu ermöglichen. Es sollte sowohl ein Leerstandsverbot für Gewerbe als auch ein Abrissverbot geben, damit eine provisorische Nutzung möglich wird, während in einem Prozess die Nachnutzung entwickelt wird.
- Der Milieuschutz bzw. das Zweckentfremdungsverbot sollte auf den Bestand von Gewerbe ausgedehnt werden (Gewerbeschutz).
- Code of Conduct für Private als eine Art Selbstverpflichtung. Eignungsprüfung von Investoren und langfristig Verankerung in Baugesetzbüchern und öffentlichem Baurecht
- 3-5% aller Flächen für Kreativ- und Kulturschaffende → ist in städtebaulicher Entwicklung auf Landesebene bei neuen Quartieren bereits vorgesehen, muss auf private Investoren ausgedehnt werden und Bezirke müssen Realisierung einfordern.
- Transparente Konzeptverfahren müssen auf alle öffentlichen Grundstücke angewendet werden.
- Gewerbeflächen müssen wieder in die öffentliche Hand, es ist ein preiswerter Zugang zu Boden und es braucht die politisch richtige Bewertung von Böden. Teilforderung dabei ist, die GSG zu rekommunalisieren und/oder „neue GSG“ zu entwickeln.
- Zudem gibt es Forderungen zur Partizipation bzw. zu kooperativen Verfahren: Modellprojekte auf städtebaulicher Ebene (siehe 15. Stadtquartier); Kooperation von Bezirkspolitik und Kulturausschüssen mit Stadtausschüssen, Beteiligung der Nutzer\*innen, Berücksichtigung der Vielfalt und Dringlichkeit von Bedarfen an Produktionsräumen, bedürfnisorientiertes Planen und Bauen („shared spaces“), Weiterentwicklung von Vertragsformen in kooperativen Verfahren, Auswertung von Wirkung von Kooperationsverträgen (Evaluation des Kooperationsvertrags von SenStadt +

LandesWohnungsBauGesellschaften > auch da müssen die o.g. 3-5% rein), Gründung von Genossenschaften für Kulturproduktionsräume

- Gutes im Schlechten könnte man wie folgt sehen: steigende Gewerbemieten können sich positiv auf die Höhe der Querfinanzierung auswirken → höhere Mieten = stärkere Subventionierungsmöglichkeiten, wenn man in einem gemeinsamen Topf etwas errichtet.
- Land soll Restflächen kaufen und Potenzial für Ateliers nutzen, hier ist das Thema Bodenpreispolitik wichtig, um Sachen finanzierbar zu machen.
- Es gibt momentan 14 Stadtquartiere in der Entwicklung (Neubau), ein 15. Stadtquartier könnte als kreativer Stadtteil gefordert werden, mit innovativen und nachhaltigen Konzepten.
- Weitere Vorschläge waren die Bündelung von Best-Practice-Lösungen aus der ganzen Republik/Modellprojekt und eine „Sowohl-als-auch“ statt „Entweder-oder“ Mentalität.

#### **Ergänzungen aus dem Publikum:**

- Falls der Senat Grund und Boden zur Verfügung stellt und Genossenschaften würden darauf bauen: Übernimmt der Senat dann Anteile, um langfristig zu sichern? Es gibt gerade solche Modelle vom Senat für das Wohnen, die müssten aber auch auf das Gewerbe ausgeweitet werden. Man muss die sogenannte Subjekt-Objekt-Förderung stärken.

#### **7.4) Strategien des Widerstands gegen Verdrängung**

- Der Aktionsradius ist unklar – kooperiert man mit Politik und Verwaltung oder nicht?
- Es gibt einen hohen Recherche-Aufwand, wo man aktuell eigentlich steht. Alle machen dieselbe Arbeit individuell statt vernetzt. Gute Vernetzung gibt es über Twitter und Aktionen.
- Ein Problem ist, dass es Konkurrenzen zwischen Akteuren und Bedarfen gibt. Umso wichtiger ist die Frage: Wie können wir institutionalisierter rangehen? Wie kann man das Bündnis verstetigen?
- Ziele sind unter anderem folgende: a) Von der Zwischennutzung zur Verfestigung, b) Ideen entwickeln, die man subversiv nutzen kann, c) selbstorganisierte Beteiligung an polit. Entwicklungsprozessen.
- Geeignete Instrumente wären die Bewegung (Bündnis), Vernetzung und Aufklärung über das, was schon besteht und aktiv in Gesprächen ist sowie Anschluss an bzw. Stärkung von bestehende/n Gruppen. Notwendig ist hierzu auch die Findung eines Minimalkonsens (z.B. mit Mieter\*innen; soziale Stadt aus Wohnen + Gewerbe; Kooperationen).
- Stadtteilzentren sollten ortsgebunden gestärkt werden, ein möglicher Schritt dahin wäre eine von der Koalition organisierte Reihe z.B. zum Thema Gewerbeschutz Kunst-/Kulturräume.
- Weitere Aktionen und Instrumente könnten sein: Besetzungen, öffentliche Präsenz - Presse, Netzwerk, Organisation, Druck (Good Cop, Bad Cop), Eigentumsfrage stellen und Eigentumsverhältnisse aufdecken, Lobby-Arbeit versus journalistische Sorgfaltspflicht einfordern, „Colombo“-Strategie.
- Zentral ist auch die Wissensproduktion und -weitergabe, also Erkenntnis-/Erfahrungsaustausch und -weitergabe. Eine Karte bedrohter Projekte und Orte zu entwickeln, ist dazu gut.
- Konkrete Forderungen nach Instrumenten aus der Politik zum Schutz von Kunst und Kultur wären z.B. die kooperative Baulandentwicklung, der Gewerbe-/Milieuschutz für Kultur und Gewerbe (Kunsträume = Gewerberäume)
- Dazu braucht es Kooperationen und Vereinbarungen mit Politik, Versprechen müssen eingehalten werden. Zudem braucht es Transparenz über den Umgang mit Geldern.

- Was bleibt nach Widerstand und Aktion? Es braucht gemeinsam geschaffene Strukturen der Selbstermächtigung, etwas Bleibendes muss geschaffen werden, was verhindert, dass alle Initiativen und Akteure die gleiche Arbeit machen. Man muss also Ressourcen (Kenntnisse und Mittel/räumliche und zeitliche Schnittstellen) institutionalisieren und so eine „Powerbase“ generieren.

#### Ergänzungen aus dem Publikum:

- Der Kampf hat noch gar nicht richtig angefangen. Botschaften und Forderungen müssen möglichst effizient kommuniziert werden.
- Vorschlag: Forderung an den Senat herantragen, Erbpachtverträge zu unterstützen bzw. auszuloben.
- Kirchen haben großen Grundbesitz und Interesse an kultureller Bespielung.



#### 8) Abschlussdiskussion, Ableitung nächster Schritte

- Die Forderungen und Ideen müssen weiter konkretisiert und in die Politik und Öffentlichkeit getragen werden. Es ist eine größere Allianz notwendig, um Druck aufzubauen.
- Die Arbeit sollte nicht nur bei der Koalition der Freien Szene liegen.
- Das Gewerbe-Thema ist zentral. Das Potenzial zur Vernetzung mit Gruppen, die bereits aktiv sind und erfolgreich waren, muss besser genutzt werden: Ora Nostra etc.
- Es bleibt zu überlegen, wie man den Austausch organisiert. Durch die Gründung einer AG, eine Infoveranstaltung zur Thematik, die Beantragung von Geldern bei einer Stiftung, damit dies nicht nur in ehrenamtlicher Arbeit geschieht?
- In Europa ist die freie Kunst/Kulturszene durch rechte Regierungen unter Druck, z.B. in Österreich und Ungarn. Die Kulturszene wird schrittweise demontiert (z. B. in Polen, Ungarn). Inwiefern wollen wir antifaschistische Arbeit strukturell in die Kulturarbeit reindenken (Solidarität und Selbstschutz)? Es gibt Kunst/Performance-Projekte, die Antifaschismus sichtbar machen.

### weitere Aktionen im Rahmen der Kampagne:

- Ergänzung der [Karte zur Raumsituation](#)
- Unterzeichnung des [Offenen Briefs](#)
- Screen (gif) auf Websites von Orten der Freien Szene (und weiteren)
- Beteiligung an Kampagne erwünscht, Solidarisierung auch über Aktionen (siehe [Kalender](#))
- Erstellung eines Verteilers zur Information über weitere Aktionen mit allen Teilnehmer\*innen der Konferenz und weiteren Interessenten



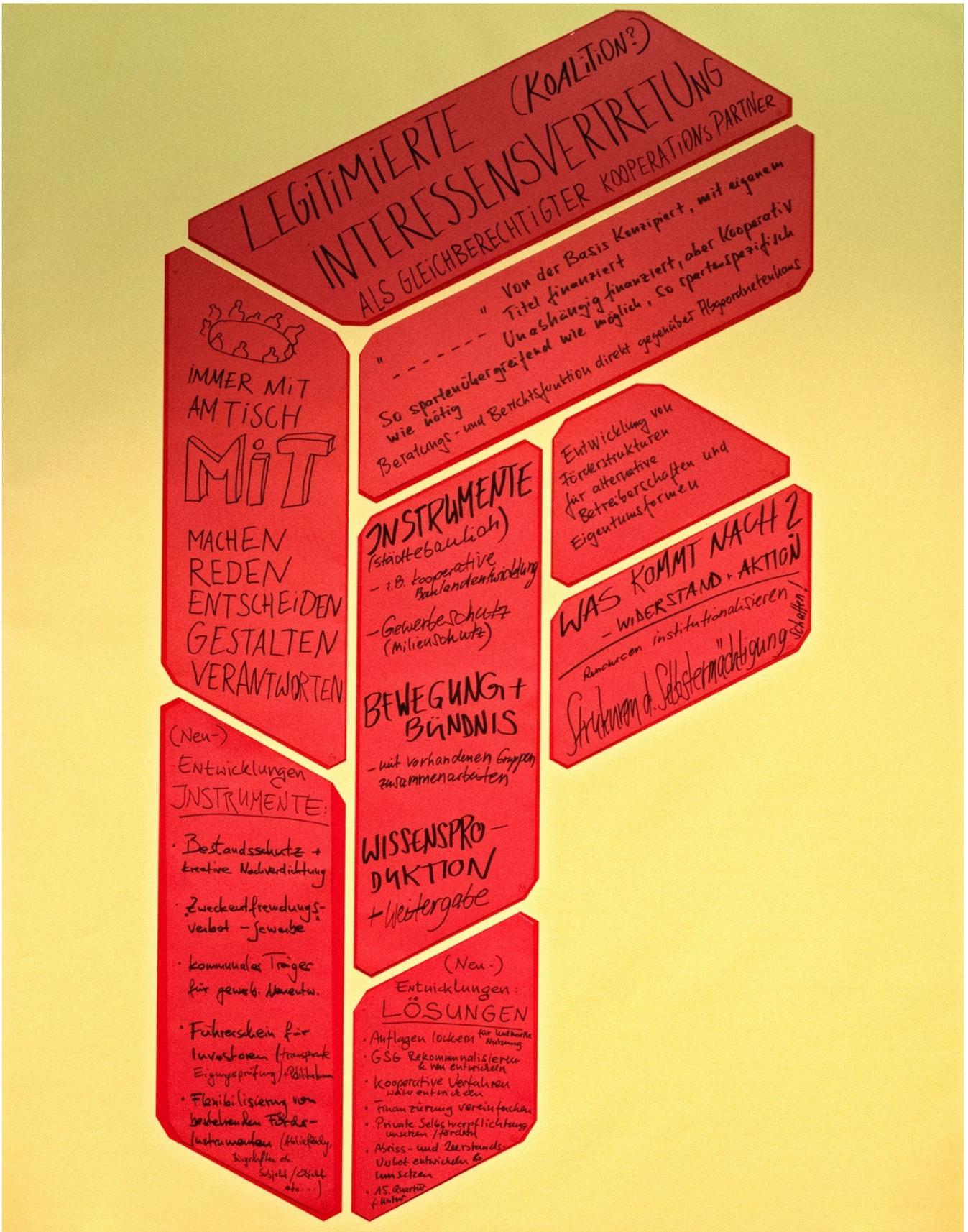
Station Mitzeichnung Offener Brief, Erstellung Karte Raumsituation

### Folgetermine:

- 15.5. im Workshop-Raum der Alten Münze
- Zukunftsparlament/48 Stunden Neukölln: 16.6. 17 - 19 Uhr, Alfred-Scholz-Platz
- Jeden Freitag Treffen des Kampagnenteams um 10 Uhr in der Druckwerkstatt im Kunstquartier Bethanien, Mariannenplatz 2/Kreuzberg



Anmeldung, Presse



„F“ mit Ergebnissen aus der Raumkonferenz

**Team Raumkonferenz/Raumkampagne der KdFS:**

Chris Benedict, Bettina Bohle, Max Dengler, Claudia Kefer, Johanna Krompos, Friedrich Kuhn, Lutz Längert, Matthias Mayer, Matthias Mwroka, Muriel Nestler, Kerstin Quitsch, Eric Schumacher, Martin Steffens, Teo Vlad, Corinna Weiner, Kerstin Wiehe

Kontakt: Chris Benedict, Matthias Mayer

E-Mail: [raumkampagne@koalition-der-freien-szene-berlin.de](mailto:raumkampagne@koalition-der-freien-szene-berlin.de)

Internet: [www.koalition-der-freien-szene-berlin.de](http://www.koalition-der-freien-szene-berlin.de)

Fotos: Friedrich Kuhn, copyright 2019 Koalition der Freien Szene



Raumkonferenz

Gefördert durch die



In Kooperation mit

